

nisse erreicht die dazu beitragen, die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu verbessern.

Immer entschlossener kämpfen die Völker, alle fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte gegen die Aggressions- und Unterdrückungspolitik des Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt. Die Entspannung begann, sich auf die internationale Entwicklung günstig auszuwirken.

Gleichzeitig lenkte die Tagung die Aufmerksamkeit der Völker und Staaten auf die Zunahme der entspannungsfeindlichen Anschläge des Imperialismus. Markanter Ausdruck dafür sind die Beschlüsse der Washingtoner Tagung des NATO-Rates, die das Wettrüsten anheizen. Mit diesem Kurs soll die militärische Überlegenheit über die sozialistischen und anderen Länder der Welt errungen werden. Die aggressiven Kreise des Imperialismus beabsichtigen mit ihrer revanchistischen, chauvinistischen und hegemonistischen Politik, unabhängigen Staaten ihren Willen aufzuzwingen und den Kampf der Völker um nationale und soziale Befreiung zu unterdrücken. Dabei werden sie von reaktionären Kräften aller Schattierungen unterstützt. Eine besonders negative Rolle spielt die friedensfeindliche, hegemonistische Politik der gegenwärtigen Pekinger Führer.

Die Steigerung des Wettrüstens, für das der Imperialismus die alleinige Verantwortung trägt, ist die größte Gefahr für Frieden und Entspannung. Deshalb wird die Aufgabe immer dringlicher, dieser materiellen Vorbereitung eines neuen Krieges Einhalt zu gebieten und eine entschiedene Wende im Kampf um die Einstellung des Wettrüstens herbeizuführen. Der Frieden kann nicht stabil sein, solange immer mehr Mittel zur Vernichtung menschlichen Lebens angehäuft werden.

Der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigte nachdrücklich die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED und der Ministerrat der DDR unterstreichen die Feststellung der Moskauer Tagung, daß diese Vorschläge, die auf der UNO-Sondertagung über Abrüstungsfragen im Sommer dieses Jahres sowie auf der XXXIII. UNO-Vollversammlung unterbreitet wurden, weiterhin auf der politischen Tagesordnung bleiben. Sie begrüßen den Vorschlag, Verhandlungen über die Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und über die allmähliche Reduzierung der Kernwaffenvorräte bis hin zu ihrer völligen Liquidierung aufzunehmen und dafür ohne weitere Verzögerung einen konkreten Termin zu vereinbaren. Vordringlich ist das Verbot der Neutronenwaffe.

Die DDR wirkt gemeinsam mit der UdSSR und den anderen Bruderländern aktiv darauf hin, das umfassende Programm zur Einstellung des Wettrüstens, zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zum Wohle der Menschheit, zum Nutzen aller Völker zu verwirklichen.